

KEINE MÜLLDEPONIE in der GRUBE MESSEL

Die Leser der Darmstädter Tageszeitungen werden schon des öfteren über Anzeigen und Artikel gelesen haben, die die Einrichtung einer Mülldeponie in der Grube Messel bei Darmstadt behandelten. Was steckt hinter diesem Anzeigen- und Artikelkrieg, und was geht das uns Studenten und Hochschulangehörige an?

Seit längerer Zeit beabsichtigt der Staat örtliche Müllhalden durch zentrale Mülldeponien zu ersetzen. Eine dieser zentralen Mülldeponien soll jetzt in der Nähe von Darmstadt, in der ehemaligen Grube Messel entstehen. Hier sollen die Rückstände der städtischen Müllverbrennung und der Industriemüll von Hanau bis Bensheim abgelagert werden.

Eigentlich wäre es zu begrüßen, daß man sich endlich um das Müllproblem Gedanken macht. Diese Art aber, wie es der Staat zu lösen versucht, widerspricht den Interessen der Bevölkerung.

Die inzwischen stillgelegte Grube Messeldiente früher dem Abbau von Ölschiefer. Noch gehört sie der Firma Ytong, die den Abraum zur Baustoffherstellung verbraucht. Die Grube ist mehrere hundert Meter lang und breit und etwa 60m tief. Am Grund ist sie mit Wasser gefüllt, das ständig abgepumpt werden muß. Der Ölschiefer (es ist nur ca. die Hälfte des Vorkommens abgebaut) ist selbst-entzündlich und große Teile der Grube müssen deshalb ständig mit Wasser besprüht werden. Im Gestein befinden sich Fossilien, die sich des lebhaften Interesses der Wissenschaft erfreuen.

In dieser Landschaft, die im übrigen auch gern besuchtes Erholungsgebiet ist, soll also eine Mülldeponie entstehen, die zu den größten Europas zählen wird. Natürlich hat das den Widerspruch der Bevölkerung erregt, und es hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, der inzwischen mehrere hundert Leute angehören. Um seine Maßnahmen zu rechtfertigen, hat der Staat den Zweckverband gegründet, dem Bürgermeister und Landräte des Einzugsgebietes der Deponie angehören. Dieser "Zweckverband" soll anhand von Gutachten die Einrichtung der Deponie rechtfertigen und vorbereiten. Die Gutachten sind äußerst pauschal und berücksichtigen nicht, wie sich die Grubenstruktur im Verlauf der Müllablagerung verändert.

Es konnten folgende Einwände der Bürgerinitiative bisher nicht widerlegt werden:

- Die Herkunft von über 50% des Wassers am Grubengrund ist unbekannt. Die Untersuchungen haben bisher nicht geklärt, ob nicht eine Verbindung zum Grundwasser besteht. Es ist also eine Verseuchung des Grundwassers zu befürchten.
- Der Müll wird zum Teil durch Schwerlasttransporter antransportiert, was für die Anwohner zu einer großen Lärmbelästigung führen wird.
- Die Erfahrungen anderer Mülldeponien haben gezeigt, daß die illegale Ablagerung von Giftmüll (Cyanide, Schwefelwasserstoffbildner etc.) nicht auszuschließen ist. In Malsch bei Wiesloch hat das zu erheblichen Vergiftungserscheinungen

gen bei den Anwohnern geführt und die Vegetation der Umgebung erheblich beeinträchtigt.

Trotz dieser berechtigten Einwände haben die Bewohner nur negative Erfahrungen mit den Behörden gemacht. Der Zweckverband wagt sich gar nicht zu einer öffentlichen Diskussion, Minister Best setzte eine Delegation in Wiesbaden nach 5 Minuten vor die Tür und Krollmann drückte sich bei einem Besuch um jede klare Stellung. Zweckverband und Staat wollen sich anscheinend über den Willen der Bevölkerung einfach hinwegsetzen, schon um ein zweites Why1 zu verhindern.

Wie stehen die Dinge gegenwärtig? Der Zweckverband hat die Grube gekauft und will die Einrichtung der Deponie nur noch von einem wasserwirtschaftlichen Gutachten abhängig machen. Um diesen Beschluß durchzusetzen, versucht er über eine großangelegte Anzeigenkampagne die Bevölkerung der Städte und Gemeinden um Messel herum zu gewinnen. Dazu stellt er diese Lösung des Müllproblems als zwangsläufig für eine funktionierende Wirtschaft, die allen Arbeit gibt, hin. Er versucht sich als öffentliche Kontrolle aufzuspielen, die einen zweiten "Fall Plaumann" vermeiden kann und für eine "geordnete Ablagerung" sorgt.

- Ist die Großdeponie wirklich eine zwangsläufige Entwicklung?
- Kann die öffentliche Kontrolle einen zweiten Fall Plaumann verhindern?
- Welche Folgen hat die Einrichtung der Deponie für die Bevölkerung?
- Wie kann man sich gegen solche Willkürmaßnahmen wehren, und was können Hochschulangehörige dazu tun?

Diese und andere Fragen wollen wir auf einer Veranstaltung klären, zu der wir Mitglieder der Bürgerinitiative Messel eingeladen haben. Es wird außerdem ein Vertreter der Bürgerinitiative Malsch bei Wiesloch sprechen, wo die Bevölkerung schon Erfahrungen mit einer Deponie gemacht hat und sich erfolgreich gewehrt hat.

Veranstaltung:

"Keine Mülldeponie in der Grube Messel"

DONNERSTAG, den 27. 11. 75 19^h

TH - Hauptgebäude, Saal: 11/23

FACHSCHAFT CHEMIE, ARBEITSKREIS UMWELTSCHUTZ, BG CHEMIE

GRUBE MESSEL

MÜLLDEPO-NIE!

IN DER GRUBE MESSEL WIRD SEIT WOCHEN GEBAUT !

Hinter dem Rücken der Bevölkerung wird die Grube als Mülldeponie vorbereitet:

Ein doppelter Stacheldrahtzaun ist fast fertiggestellt, Zufahrtsstraßen sind im Bau, ein befestigter Weg wird rund um die Grube angelegt, der zur Straße ausgebaut und schon jetzt mit Fahrzeugen befahren werden kann,

Dazu in krassm Gegensatz steht die Aussage der Politiker; die Frage Einrichtung oder Nichteinrichtung der Deponie ist dem Sachverstand der zuständigen Behörden zu überlassen. Denn in wenigen Wochen läuft das Planfeststellungsverfahren beim Oberbergamt an, wo die vorliegenden Gutachten und Einsprüche der Bevölkerung überprüft werden. Der Regierungspräsident fällt die Entscheidung.

Das Demokratieverständnis der Politiker

Für die Behörden ist diese Entscheidung offensichtlich längst getroffen!

Sind denn plötzlich der Bau eines Weges und eines Stacheldrahtzaunes als Sicherheitsmaßnahmen notwendig - wie die Behörden immer behaupten? Das sieht doch wohl weniger nach Sicherheit der Bevölkerung als nach Sicherheit vor der Bevölkerung aus!

Die Politiker müssen die Bevölkerung allerdings ruhighalten - und gerade angesichts der Bundestagswahl ist es notwendig, daß möglichst Wenige merken, was gespielt wird.

Deshalb betreibt der Zweckverband, das Planungsorgan der Gemeinden für die Deponie, eine - angesichts der angeblich knappen öffentlichen Mittel - aufwendige Propaganda-

arbeit. Mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen, einer Broschürenmappe und Stellungnahmen in den Zeitungen versuchen sie der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Es wird behauptet, eine Gefährdung des Grundwassers bestehe nicht, weil die ständig von Wasser durchflossene Grube dicht sei. Es wird behauptet das Naherholungsgebiet um die Grube werde weder durch LKWs noch durch Deponiegestank zerstört. Alle diese Behauptungen werden durch die Gutachten eher widerlegt als bestätigt.

Die Bevölkerung von Messel weiß das aus eigener Erfahrung ganz genau. Deshalb kann Landrat Klein, Vorsitzender des Zweckverbands, dort auch keinen Blumentopf gewinnen und hat sich bisher geweigert, sich der öffentlichen Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative zu stellen. Deshalb soll jetzt die übrige Bevölkerung Südhessens für die Deponie gewonnen werden. Die Grube sei geeignet, die Argumente der Bürgerinitiative seien a la St. Florian: "Zünd mein Haus nicht an, zünd andre an."

Um solche und ähnliche "Gegenargumente" zu verbreiten, gibt der Vorsitzende des Zweckverbandes am Mittwoch, den 17.3.76 im Landratsamt eine Pressekonferenz, zu der zahlreiche Journalisten eingeladen wurden. Anschließend sollen sich die Pressevertreter vom Wahrheitsgehalt der dort aufgestellten Behauptungen bei einer Besichtigung der Grube selbst überzeugen.

ZU DIESER GELEGENHEIT FORDERN WIR DIE BEVÖLKERUNG VON DARMSTADT AUF, DEM LANDRAT KLEIN UND DEN JOURNALISTEN KLAR ZU MACHEN:

STOP MIT DEN BAUMAßNAHMEN IN DER GRUBE
KEINE MÜLLDEPONIE IN DER GRUBE MESSEL

TREFFPUNKT MITTWOCH, DEN 17.3. UM 11.30 Uhr AM LANDRATSAMT DARMSTADT

Keine Mülldeponie in der Grube Messel !

Presserechtlich verantwortlich:

AG Umwelt

Fachschaft Chemie THD

Da., Hochschulstr. 4